

Übersichten

Außenpolitik

* (1) Corrigendum

Im Februar-Heft (C.a., Übersicht 1) heißt es auf S.61, daß Li Peng im März auch in die Bundesrepublik gekommen sei. Dies ist ein bedauerlicher Fehler, der hier korrigiert werden muß: Nicht Ministerpräsident Li Peng, sondern Außenminister Qian Qichen war der Bonn-Besucher (Näheres vgl. Übersicht in diesem Heft). -we-

* (2) Der chinesische Außenminister in Großbritannien

Vom 8. bis 10. März 1992 besuchte Qian Qichen - im Rahmen einer 7tägigen Europatour - Großbritannien.

Erst im Oktober 1991 hatte der Stellvertretende Ministerpräsident Zou Jia Hua Großbritannien besucht - ebenso übrigens wie anschließend auch Deutschland.

Hauptdiskussionspunkt war die Hongkong-Frage. Beide bestätigten sich erneut, daß die Abmachungen des sino-britischen Gemeinsamen Kommuniqués von 1984 unverändert gültig seien und getreu befolgt würden.

Am 9. März überreichte Qian dem britischen Premier Major den Antrag Chinas auf Beitritt zum Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen. China werde die drei im Vertrag festgesetzten Ziele beharrlich verfolgen, nämlich die Verbreitung nuklearer Waffen zu verhindern, die nukleare Abrüstung zu beschleunigen und die friedliche Nutzung von Atomenergie zu fördern.

Bisher hatte sich Beijing häufig mit Vorwürfen auseinandersetzen müssen, daß es Algerien und Pakistan bei der

Entwicklung eigener Atomwaffen unterstütze. Für Beijing sind Behauptungen solcher Art reine Erfindung. Das einzige, was mit einer solchen Kooperation erreicht werden solle, sei die friedliche Nutzung der Atomenergie.

Qian hielt auch eine Rede am Royal Institute of International Affairs über die Reformen in China und über die bilateralen Beziehungen zwischen China und Großbritannien. Er traf auch mit den früheren Premierministern Edward Heath und Margaret Thatcher zusammen (XNA, 10. und 11.3.92). -we-

* (3) Qian Qichen in Bonn

Knapp drei Jahre nach der blutigen Niederschlagung der Beijinger Demokratiebewegung ist Außenminister Qian Qichen am 10.3.1992 als erster hoher Besucher der Li Peng-Regierung nach Deutschland gekommen.

Qian traf auf dem Flughafen Düsseldorf am 10. März 1992 ein, und zwar im Anschluß an einen 2tägigen Besuch in Großbritannien (XNA, 11.3.92). Für Deutschland waren drei Tage vorgesehen.

Der Besuch stand schon in seinem Vorfeld im Widerstreit der Meinungen: Die einen gingen davon aus, daß ein so großes Land wie China, das auch einen der Fünf Ständigen Sitze des UNO-Sicherheitsrats einnehme, auf die Dauer nicht isoliert werden könne, und zwar weder politisch noch wirtschaftlich.

Die anderen hielten die Verletzung der Menschenrechte durch die Li Peng-Regierung für wichtiger als alle anderen außenpolitischen, entwicklungspolitischen und wirtschaftlichen Überlegungen.

Kompromißdenken und Fundamentalismus stehen sich hier also letztlich gegenüber.

Schon vor der Ankunft Qians hatte die Junge Union am 9. März die Reihe der Proteste mit einer Mahnwache vor der chinesischen Botschaft eröffnet. Unter den Teilnehmern befand sich auch der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heiner Geißler. JU-Vorsitzender Hermann Gröhe erklärte, der chinesische Außenminister solle die Überzeugung seiner Organisation mit nach Hause nehmen, daß "auch Li Pengs Mörderclique verschwinden wird".

Arbeitsminister Norbert Blüm erklärte, China werde nur dann einen Platz "im Kreis der gesitteten Völkergemeinschaften finden", wenn seine Machthaber aufhörten, ihre politischen Gegner "zu unterdrücken, zu foltern und zu töten" (SZ, 11.3.92).

In Bonn wies amnesty international darauf hin, daß sich die Menschenrechtssituation in China seit der Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juni 1989 nicht grundlegend geändert habe. Noch immer befänden sich Hunderte von Menschen ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in Haft. 1991 seien renommierte Anhänger der Demokratiebewegung zu Haftstrafen über 12 Jahre verurteilt worden. Durch die seit 1989 begonnenen "Säuberungskampagnen" habe die Zahl der Hinrichtungen drastisch zugenommen. Allein i.J. 1991 seien 1.646 Todesurteile dokumentiert worden; inoffiziellen Hinweisen zufolge liege die Zahl der meist öffentlichen Hinrichtungen bei jährlich 20.000. Nach wie vor werde auch die Folter zur Erpressung von Geständnissen eingesetzt, vor allem in Tibet. Auch seien seit 1989 mehr als 100 Verhaftungen von katholischen Bischöfen, Priestern und Laien dokumentiert worden, die ihre Treue zum Papst bekundet hätten (FAZ, 11.3.92).

Die Grünen warfen der Bundesregierung vor, den Repräsentanten eines "Terrorregimes" mit allen diplomatischen Ehren empfangen zu haben. In der Bonner Außenpolitik stünden die wirtschaftlichen Beziehungen offenbar höher im Kurs als die Menschenrechte, erklärte Grünen-Vorstandsmitglied Angelika Beer.

Die deutsche Tibet-Initiative betrachtete die Einladung Qians am Dienstag, dem 33. Jahrestag des tibetischen Aufstands gegen die Chinesen, als "Schlag ins Gesicht" (ADN in SWB, 12.3.92).

Die SZ (11.3.92) kommentierte: "Auch wenn in China ein graues Regime die Menschen unterdrückt und drangsaliert, ein so großes und bedeutendes Land läßt sich nicht einfach ausgrenzen... Nüchterne Realpolitik, und das ist angemessen, bestimmt diesen schwierigen Besuch... Kohl und Genscher hätten sich erst dann etwas vorzuwerfen, wenn Qian Qichen den Eindruck gewinnen sollte, daß man ihn über das gebotene Maß an Höflichkeit hinaus mit Freundlichkeit bedenkt. Realpolitik hat nichts mit heimlicher Kumpanei zu tun."

Nur wenige Stimmen waren positiv; so beklagte beispielsweise der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Heinrich Weiss, daß von Politikern in der Frage der Verknüpfung von Wirtschaftsbeziehungen und Menschenrechten mit zweierlei Maß gemessen werde: Zwar fördere die Politik den Handel mit dem Iran, also einem Land, das sich in der Menschenrechtsfrage weitaus krimineller als China verhalte, die Volksrepublik aber solle mit allen Sanktionen getroffen werden.

Außenminister Genscher wies bei den Besprechungen mit seinem Amtskollegen Qian am 11.3. darauf hin, daß sich die beiderseitigen Beziehungen erst bessern könnten, wenn Beijing wieder die Menschenrechte respektiere. Die Achtung der grundlegenden Menschenrechte sei für Bonn ein fundamentales Kriterium bei der Entwicklung bilateraler Beziehungen.

Der chinesische Gast warb demgegenüber um Verständnis für die besonderen Verhältnisse im Reich der Mitte und für die Notwendigkeit eines behutsamen Vorgehens bei weiteren Reformen.

Qian wies in seinem Gespräch mit Genscher darauf hin, daß China die deutsche Wiedervereinigung befürwortet habe und hoffe, daß Deutschland nunmehr eine noch positivere Rolle in den internationalen Beziehungen spiele (XNA, 12.3.92).

Bundeskanzler Kohl hatte bereits am 10.3. mit Qian verhandelt und dabei nicht nur die Menschenrechtsfrage angesprochen, sondern China ebenfalls wegen seiner konstruktiven Rolle im UNO-Sicherheitsrat und wegen seines Beitritts zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen gewürdigt (XNA, 10.3.92).

Während Genscher es vermied, sich bei seinem Gespräch mit Qian per Handdruck fotografieren zu lassen, zeigte Kohl keine solche Berührungsscheu.

Auch die Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU (Wolfgang Schäuble), der SPD (Hans-Ulrich Klose) sowie der FDP (Otto Graf Lambsdorff) wiesen bei ihren Gesprächen mit Qian auf die Menschenrechte hin.

Fast einhellig forderten alle Gesprächspartner eine Amnestie in China sowie eine Beachtung der Menschenrechte im Sinne der entsprechenden UNO-Grundsätze.

Klose übergab eine Liste mit den Namen politischer Gefangener und forderte im Falle eines Studenten die bedingungslose Freilassung. Der Dialog mit China müsse, betonte er, weitergeführt werden. Sprachlosigkeit helfe weder den Menschen in China noch sei sie ein vertretbares Mittel der Politik gegenüber dem Ständigen Mitglied des UNO-Sicherheitsrats. Klose lobte Beijings Haltung im Golfkonflikt und während des Zerfalls der Sowjetunion.

Xinhua berichtete zwar über das Treffen mit den Fraktionsführern (XNA, 13.3.92), nicht jedoch über deren Vorgehalten in der Menschenrechtsfrage.

Der letzte Gesprächspartner aus dem Kreis der Bundesregierung war Entwicklungshilfeminister Carl-Dieter Spranger (CSU).

Wie schon andere Bonner Politiker übergab auch Spranger dem Gast eine Petition mit der Bitte um Überprüfung des Falls eines politischen Gefangenen.

Kurz vorher hatte Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) die Regierung in Beijing aufgefordert, ein Zeichen zu setzen, das es der Bundesregierung ermögliche, die Beziehungen wieder auf jenen guten Stand zu bringen, wie er vor der Niederschlagung der Demokratiebewegung in China erreicht gewesen sei.

Zur Frage der Lieferung dreier Containerschiffe erklärte der Bonner Regierungssprecher zwar unumwunden das große Interesse der Werftindustrie an einer Lieferung, doch betonte er gleichzeitig auch, daß die Voraussetzungen dafür wegen der gegenwärtigen

Menschenrechtspolitik der chinesischen Führung und wegen der entsprechenden Resolution des Bundestags noch nicht gegeben seien. Spranger betonte, daß die Resolution des Bundestages vom 20. Oktober 1990 weiterhin maßgebend bleibe. In diese Resolution passe die Lieferung von Containerschiffen an China "beim besten Willen" nicht (FAZ, 12.3.92).

Die Junge Union protestierte auch gegen jeglichen Gedanken daran, daß Containerschiffe nach China verkauft werden sollten.

Für die SPD wies der Abgeordnete Norbert Gansel demgegenüber darauf hin, daß gegen China kein Boykott beschlossen worden sei. Allerdings dürften die Schiffe nur zum regulären Preis - und nicht etwa durch Subventionen des Bundes - geliefert werden. Demgegenüber betonte der entwicklungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Ingomar Hauchler, unter Hinweis auf die Todesurteile gegen politische Gefangene, daß die von Wirtschaftsminister Moellmann (FDP) befürworteten Schiffsbausubventionen nicht gewährt werden sollten. Zwar treffe es zu, daß die ostdeutschen Werften ausgelastet werden müßten, doch sollten Subventionen dann lieber für andere Entwicklungsländer eingesetzt werden, in denen die Menschenrechte beachtet werden (SZ, 13.3.92).

In einem Interview mit dem Düsseldorfer *Handelsblatt* wies Qian darauf hin, daß der Rückgang deutscher Exporte und das dadurch entstandene Handelsungleichgewicht zuungunsten der deutschen Seite nicht auf das chinesische Konto gehe, sondern vielmehr mit der Resolution des deutschen Bundestags über die Einschränkung der Beziehungen zu China zusammenhänge.

Demnächst kämen zwei chinesische Einkaufsdelegationen nach Europa, u.a. nach Deutschland, die den Auftrag hätten, für den Zeitraum der kommenden fünf Jahre Waren im Werte von 300 Mrd. US\$ zu bestellen.

Der chinesisch-deutsche Handel könne schnell zum alten Gleichgewicht zurückfinden, wenn die deutsche Regierung den Handel mit China wieder voll freigäbe.

Qian machte mehrere Male deutlich, daß Beijing nicht bereit sei, sich an den Menschenrechtskriterien "oder dem Modell eines oder einiger weniger Länder" messen zu lassen. Niemand solle über die Menschenrechtssituation in einem anderen Land ohne jede Berücksichtigung seiner historischen und nationalen Umstände urteilen. China sei aber bereit, auf der Basis des gegenseitigen Respekts und der Zurückstellung von Unterschieden mit der internationalen Gemeinschaft in gleichberechtigter Weise über Menschenrechtsfragen zu diskutieren und zusammenzuarbeiten. Doch wende sich China auf der anderen Seite gegen die Einmischung anderer Staaten in seine inneren Angelegenheiten unter dem Vorwand von Menschenrechtsfragen.

Wenige Tage nach dem Besuch Qians in Bonn kam Ministerpräsident Li Peng auf das Verhältnis Chinas zu den Industrienationen zu sprechen. Die chinesisch-japanischen Beziehungen hätten sich inzwischen wieder völlig normalisiert, bemerkte er in diesem Zusammenhang. Auch das Verhältnis zu den Ländern der EG "beginne sich Schritt für Schritt wieder zu normalisieren". "Es gibt gute Aussichten für stabile, langandauernde freundschaftliche Beziehungen zwischen China und den westlichen Ländern." Mit den USA habe es bisher eine "gewisse Verbesserung" gegeben (XNA, 21.3.92). -we-

*(4)

Qians Grundsatzreferat in Bonn

Am 12.März hielt Qian Qichen vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn ein Grundsatzreferat.

China stehe vor einer zentralen Aufgabe, nämlich seine Volkswirtschaft zu entwickeln und die Modernisierung durchzuführen. Zwei unerläßliche Bedingungen seien dafür herzustellen, nämlich eine stabile innenpolitische Lage und ein stabiles außenpolitisches Umfeld. Auf diese Bedingungen stelle China denn auch seine gesamte Außenpolitik ab: (1) Es steuere einen Kurs der Unabhängigkeit und strebe weder ein Bündnis noch Beziehungen militärisch-strategischer Art zu irgendeiner Großmacht oder einer Staatengruppe an. Hauptziel sei (2) die Erhaltung des Weltfriedens und die Schaffung einer friedlichen internationalen Umgebung. Hierzu verfolge (3) China

eine Politik, die sich an den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz ausrichte.

Konkrete Verdienste der chinesischen Außenpolitik seien: (1) Die Unterstützung des Dialogs zwischen Nord- und Südkorea, (2) Mitarbeit an der Lösung des Kambodscha-Konflikts, (3) Zurückhaltung in der Lösung der Golfkrise, (4) Förderung einer politischen Lösung des Nahostproblems. Ganz in diesem Sinne habe China inzwischen auch diplomatische Beziehungen mit Israel aufgenommen. (5) Im Interesse der Rüstungskontrolle sei China auch dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen beigetreten und sei (6) Mitglied der APEC (Asia Pacific Economic Community) geworden. Ferner habe es (7) Verhandlungen mit der ehemaligen Sowjetunion über die gemeinsamen Landesgrenzen (7.000 km) aufgenommen und führe solche Gespräche auch mit den Nachfolgestaaten der UdSSR weiter, mit denen es inzwischen diplomatische Beziehungen aufgenommen habe. (8) Auch mit Japan und mit den USA arbeite China auf die Renormalisierung der Beziehungen hin, ebenso wie auf eine Neubegründung der Zusammenarbeit mit den Ländern Westeuropas. Zwei westeuropäische Ministerpräsidenten, nämlich der britische Premier Major und der italienische Ministerpräsident Andreotti, hätten inzwischen die VR China besucht, und umgekehrt sei der chinesische Ministerpräsident Li Peng zu Besuchen nach Italien, in die Schweiz, nach Portugal und Spanien gekommen. 1991 habe sich das Handelsvolumen zwischen China und den westeuropäischen Ländern auf 17,3 Mrd.US\$ belaufen (= +11% gegenüber 1990). (An anderer Stelle ist jedoch von 15,1 Mrd.US\$ die Rede!)

Zwischen China und Westeuropa gebe es zahlreiche Gemeinsamkeiten: (1) Beide bejahten den Übergang von einer bipolaren zu einer multipolaren Struktur. Beide (2) bemühten sich um Frieden und Stabilität und versuchten internationale Streitigkeiten durch Konsultation statt durch Gewalt zu lösen. (3) Beide Seiten ließen der UNO bei der Lösung von Streitigkeiten immer mehr den Vortritt und (4) beide Seiten könnten sich wirtschaftlich hervorragend ergänzen. China habe 1991 Waren im Werte von rd. 60 Mrd.US\$ importiert. Westeuropa könne sich hier zu seinem eigenen Nutzen mitein-

schalten. Vor allem wolle China während seines 8.Fünfjahresplans (1991-1995) zahlreiche Großanlagen einführen. Gegenwärtig gebe es in der Volksrepublik 17.000 Firmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung; die realen ausländischen Investitionen beliefen sich auf rd. 23 Mrd.US\$. Allein 1991 seien 17 Mrd.US\$ an Investitionen vereinbart worden (= +70% gegenüber 1990).

Vor allem für Deutschland bestünden hier günstige Gelegenheiten. Die chinesische und die deutsche Wirtschaft stünden zueinander in einem komplementären Verhältnis. Beide sollten nach Gemeinsamkeiten suchen und eventuelle Differenzen zurückstellen.

Es müsse auch der Grundsatz der Nichteinmischung besonders beachtet werden. "Manche Staaten" (gemeint sind hier offensichtlich vor allem die USA) versuchten, mit Hilfe der Menschenrechte Einmischung zu betreiben. Diesen Versuchen gelte es vorzubeugen (Bulletin der Botschaft der VR China, Nr.04 vom 12.3.1992). -we-

*(5)

Qian Qichen bei der EG in Brüssel

Letzte Station der 7tägigen Westeuropatour des chinesischen Außenministers war - nach Großbritannien und Deutschland - die EG in Brüssel.

Diplomatische Beziehungen zwischen Brüssel und Beijing bestehen seit 1975.

Im Zuge der Ereignisse vom 4.Juni 1989 war es zu einem vorübergehenden Stillstand der Beziehungen gekommen. Seit 1990 allerdings begannen sich die Verhältnisse wieder zu normalisieren. 1991 belief sich der Handelsaustausch zwischen China und den zwölf EG-Ländern bereits wieder auf 15,1 Mrd.US\$ - dies war ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um rd. 10% (XNA, 8.3.92).

EG-Kommissionspräsident Jacques Delors brachte seinem Gast gegenüber die "tiefe Besorgnis der Gemeinschaft über die Lage der Menschenrechte" zum Ausdruck - er folgte damit ähnlichen Erklärungen in London und Bonn.

Der für die Außenbeziehungen der Gemeinschaft zuständige EG-Kommissar Frans Andriessen warf China

vor, europäischen Importen Hindernisse in den Weg zu legen, während umgekehrt die Gemeinschaft allen chinesischen Waren freien Zugang gewähre. Hier gelte es, sobald wie möglich wieder Chancengleichheit herzustellen.

Auch Andriessen betonte, daß die Menschenrechtsfrage ein weiteres "Hindernis für den Ausbau der Beziehungen" sei.

Qian versprach auch in Brüssel, wie vorher schon in London und Bonn, eine weitere Liberalisierung der chinesischen Wirtschaft, ließ jedoch nichts über eine Hinwendung Chinas zur Demokratie verlauten. Jede Nation müsse ihren eigenen Weg finden, betonte er.

Die Xinhua-Berichterstattung (14. und 15.3.92) gab zwar den Verlauf des Qians-Besuchs in Brüssel und den Hauptinhalt seiner Gespräche mit führenden EG-Repräsentanten bis in Einzelheiten wieder, unterließ aber auch diesmal die Wiedergabe aller "Menschenrechts"-Anmahnungen! -we-

*(6)

Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag

Am 9.März 1992 überreichte der chinesische Außenminister Qian Qichen während seines Besuchs in London dem britischen Premierminister John Major die Beitrittsurkunde zum Atomwaffensperrvertrag.

Der amtliche Text des Atomwaffensperrvertrags wird in den drei Ländern Großbritannien, USA und Rußland (als dem Nachfolgestaat der UdSSR) aufbewahrt.

Am 29.Dezember 1991 hatte der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses in Beijing beschlossen, dem Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen beizutreten, der seit dem 1.Juli 1968 in London, Moskau und Washington zur Unterzeichnung ausgelegt ist.

Qian gab folgende Erklärung ab (XNA, 9. und 10.3.92):

- (1) China wolle sich im Zuge seiner Friedenspolitik auch weiterhin für ein allseitiges Verbot von Atomwaffen und deren völlige Vernichtung einsetzen.
- (2) China unterstütze die Zielsetzun-

gen des Atomwaffensperrvertrags und wolle einen Beitrag dazu leisten, daß die Weiterverbreitung von Atomwaffen verhindert und die internationale Zusammenarbeit zur friedlichen Nutzung von Kernenergie gefördert werde.

(3) Die Verhinderung der Weitergabe von Atomwaffen sei kein Selbstzweck, sondern eine Maßnahme auf dem Weg zu einem allseitigen Verbot und einer vollständigen Vernichtung von Atomwaffen. Nichtweitergabe von Atomwaffen und Atomwaffen-Abrüstung sollten einander ergänzen. Als erste sollten die Länder mit den größten nuklearen Arsenalen damit beginnen, die Herstellung und Stationierung von Atomwaffen einzustellen und ihre im In- und Ausland befindlichen Atomwaffen drastisch zu reduzieren. (4) Alle Atomwaffen-Staaten sollten sich verpflichten, niemals und unter keinen Umständen als erste Atomwaffen einzusetzen, vor allem nicht gegen atomwaffenfreie Länder atomare Drohungen auszustößen. Darüber hinaus sollten sich die Atomwaffen-Staaten verpflichten, die Errichtung von atomwaffenfreien Zonen zu fördern. Sämtliche außerhalb der Staatsgrenzen stationierten Atomwaffen sollten aufs eigene Territorium zurückgeschafft werden. Nicht zuletzt aber sollten die Großmächte das Wettrüsten im All einstellen, vor allem im Atomwaffenbereich. (5) Die Unterzeichnung und Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrags, wie er von den "taiwanesischen Behörden" im Namen Chinas am 1.Juli 1978 und am 27.Januar 1970 vorgenommen wurde, sei illegal und damit nichtig. -we-

Innenpolitik

*(7)

"Volkszeitung" berichtet erstmals über die Reise Deng Xiaopings in den Süden

Mit zweimonatiger Verspätung berichtete das ZK-Organ *Volkszeitung* am 31. März 1992 erstmals über die Reise von Deng Xiaoping in den Süden zu Beginn dieses Jahres (siehe hierzu C.a., Januar 1992, Ü 3-5, und C.a., Februar 1992, Ü 9 u. 15). Das Parteiblatt brachte hierzu keinen Eigenbericht, sondern druckte auf den Seiten 1 und 4 einen ausführlichen Artikel der *Zeitung*

der *Sonderzone Shenzhen* vom 26. März ab, der von der Nachrichtenagentur *Neues China* verbreitet worden war. Dieser "Augenzeugenbericht über den Besuch des Genossen Deng Xiaoping in Shenzhen" erschien unter dem gefühlvollen Titel "Wenn der Ostwind kommt, wird es überall Frühling". In dem durch vier Photos aufgelockerten Artikel wurde Deng als der "vom ganzen Volk verehrte und geliebte Chefkonstrukteur von Reform und Öffnung unseres Landes" bezeichnet. Dieser "große Politiker" sei "hundertprozentig gesund", habe "strahlende Augen", und "sein lächelndes Gesicht ist gütig", wußte Reporter Chen Xitian von Dengs Ankunft am 19. Januar um 9.00 Uhr am Bahnhof von Shenzhen zu berichten. Die Aufforderung seiner Gastgeber, sich zunächst gut auszuruhen, habe Deng Xiaoping mit der Bemerkung abgelehnt, er sei nach Shenzhen gekommen, um möglichst viel zu sehen.

Der Artikel ruft sodann in einer kurzen Rückblende in Erinnerung, daß die Errichtung der Wirtschaftssonderzone von Shenzhen auf eine diesbezügliche Initiative Deng Xiaopings im April 1979 zurückgeht. Im Januar 1984 besuchte Deng zusammen mit Yang Shangkun, Wang Zhen u.a. älteren Politikern zum ersten Mal Shenzhen. Damals kalligraphierte Deng für die mutigen Reformer im Süden jenen berühmten gewordenen Satz, der Gegnern der Wirtschaftssonderzonen immer wieder vorgehalten wurde: "Die Entwicklung und die Erfahrungen von Shenzhen beweisen, daß unsere Politik der Errichtung von Wirtschaftssonderzonen korrekt ist."

Daß Deng Xiaoping auch nach seinem zweiten Besuch in Shenzhen an seinem Diktum von vor acht Jahren festhält, wird anhand seiner Äußerungen deutlich, die in dem "Augenzeugenbericht" im Rahmen einer z.T. sehr detaillierten Beschreibung der Aktivitäten von Deng während seines Aufenthaltes in Shenzhen vom 19. bis 23. Januar wiedergegeben werden:

- "Vor meinem diesmaligen Besuch habe ich mir nicht vorstellen können, daß sich die Sonderzonen Shenzhen und Zhuhai sowie einige andere Orte in den vergangenen acht Jahren derart schnell entwickeln würden. Nachdem ich das gesehen habe, ist meine Zuversicht größer geworden."